

# Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 30. Juli 2011

## KOLUMNE

### Gewitterwolken am Konjunkturm Himmel

„Neues deutsches Wirtschaftswunder“ und „Turboaufschwung“: Mit diesen Attributen verklärte die Politik in den vergangenen 12 Monaten die Konjunkturlage im Land. Regierung wie Opposition labten sich an den (noch) sprudelnden Steuereinnahmen, um entweder Steuererhöhungen oder neue Ausgaben anzukündigen. Doch jetzt – mitten in der Sommerpause – wird deutlich, dass sich die seit Monaten verschlechternden Frühindikatoren bereits auf die Geschäftserwartungen und die Lagebeurteilung der Unternehmen negativ auswirken. Vor allem die Auftragsgänge der Industrie aus dem Ausland, aber auch die Geschäftslage der Dienstleistungsbranche trüben sich ein.

Paradox an der Debatte über die Lage der deutschen Volkswirtschaft sind verschiedene Aspekte. Wohl selten hat eine Bundesregierung, trotz guter Konjunkturlage und deutlich gesteigener Beschäftigung, so wenig davon profitiert. Union und FDP müssen derzeit froh sein, wenn sie gemeinsam die 35-Prozent-Marke in der Wählergunst übertreffen. Sozialdemokraten und Grüne könnten dagegen gemeinsam rund die Hälfte der Wählerstimme auf sich vereinen, bräuchten nicht einmal die Linke für eine Regierungsbildung im Bund.

Paradox ist aber auch, dass die vordergründige konjunkturelle Stärke die Handlungsfähigkeit der Politik lähmt, obwohl eine Vielzahl struktureller Baustellen dringend einer Lösung harret. Da ist zum einen die Überschuldung der öffentlichen Haushalte. Wer thematisiert noch offensiv, dass Deutschland selbst im „Turboaufschwung“ nach wie vor Dutzende Milliarden Euro neuer Schulden macht. Einsparungen scheut die Politik wie der Teufel das Weihwasser, weil wir Bürger eine solide Politik anscheinend nicht goutieren. In einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg verschiebt die neue grün-rote Landesregierung das Ziel eines ausgeglichenen Budgets auf das Jahr 2020, just das Jahr, ab dem laut unserer Verfassung die Länder zwingend keine neuen Kredite mehr aufnehmen dürfen. Im Bund fabulieren Liberale und Christdemokraten vielstimmig von Nettoentlastungen bei den Steuern, obwohl allein die jetzt beschlossenen Hilfspakete für die südeuropäischen Schuldenstaaten letztendlich zig Milliarden Euro an Zusatzausgaben verursachen. Zerknirscht stellen die Statistiker

fest, was Millionen von Bürgern seit Jahr und Tag schmerzlich spüren: Die Kaufkraft des verfügbaren Einkommens tritt auf der Stelle oder sinkt gar. Zwar stiegen die Bruttoeinkommen, aber höhere Sozialversicherungsbeiträge und die Steuerprogression in der Einkommensteuer fraßen den Zuwachs nahezu auf. Den Rest des Kaufkraftschwundes erledigte die Geldentwertung.

Doch dieses Phänomen ist bei Lichte betrachtet doch die logische Konsequenz einer Haltung, die immer mehr Aufgaben an den Staat delegiert. Je älter eine

Gesellschaft aber wird, je länger und umfänglicher wir Bürger Leistungen des Staates für uns in Anspruch nehmen können, umso höher muss die Zechen für diejenigen sein, die das alles bezahlen. Und das sind die Arbeitnehmer mit ihren



Oswald Metzger  
**Einspruch!**

Zwangsabgaben für die umlagefinanzierten Systeme Rente, Krankenversicherung und Pflege. Und das sind alle Steuerpflichtigen, denen der Staat von jeder prozentualen Einkommenssteigerung wegen der kalten Progression ständig einen überproportionalen Anteil abnimmt.

Nur wenn die Politik die steigenden Kosten des demographischen Wandels vom Lohneinkommen entkoppelt – durch ein Prämiensystem in der Kranken- und Pflegeversicherung etwa –, wird sie den Arbeitnehmern künftig noch reale Einkommenszuwächse verschaffen können. Und nur eine Politik, die das Einkommensteuerrecht auf Fairness, Transparenz und Leistungsfreundlichkeit trimmt und sich statt Tappschritten auf ein Paul Kirchhof-Modell einlässt, erntet langfristige Prosperität in unserem Land. Und nur wer die Privilegien unseres öffentlichen Dienstes, vor allem des Berufsbeamtentums, ernsthaft beschneidet, wird den Kollaps der Länderhaushalte verhindern, die gewaltig unter den exorbitant steigenden Pensionsausgaben leiden.

Ich will nicht Cassandra spielen, die Ihnen den Sommer zusätzlich vermiest. Aber glauben Sie ernsthaft an den für diese Herkulesaufgaben notwendigen Elan der Politik? Abgesehen vom Wollen, gibt es da noch die praktische Ausrede, dass sich unterschiedliche Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat ja wechselseitig blockieren.